

Pressemitteilung

Nein des Mainzer Stadtrats zum schmutzigen Kohleklotz: Die Richtung stimmt, doch es fehlt an Konsequenz

KeKoWi fordert: Den Worten müssen Taten folgen

Wiesbaden, 24.04.2008: Zum Ergebnis der gestrigen Abstimmung im Mainzer Stadtrat erklärt der Sprecher der Bürgerinitiative KeKoWi, Meinrad von Engelberg:

„Wir begrüßen den Beschluss des Mainzer Stadtrats. Ein klares Nein zum geplanten Kohleklotz auf der Ingelheimer Aue war aus ökologischen und ökonomischen Gründen schon lange überfällig. Aber besser spät als nie.

Jetzt kommt es darauf an, dass die Eignerstädte Mainz und Wiesbaden ihren Worten Taten folgen lassen.

Tun sie dies nicht, so wächst die Parteienverdrossenheit und es verfestigt sich der Eindruck, der kommunale Energieerzeuger KMW könne tun und lassen, was immer er will.

Der Antrag der Mainzer Grünen hatte einen Weg gewiesen, wie man die KMW auf den Boden der wirtschaftlichen Tatsachen und einer verantwortlichen Geschäftspolitik zurückholen kann.

Hierzu gehört eine Satzungsänderung, die der KMW-Spekulation mit schmutzigem Kohlestrom ein Ende setzt und die Tür zur Nutzung energiepolitischer Alternativen weit öffnet.

Die Verpflichtung zu Höchstrenditen muss fallen, weil sie die KMW dazu zwingt, sich stets auf den Energieträger zu stürzen, der ein paar Jahre fette Gewinne verspricht und dabei zu ignorieren, dass diese kurzatmige Geschäftspolitik über kurz oder lang mit einer wirtschaftlichen Pleite endet. Bis dahin werden die Umwelt und die Gesundheit ohne Rücksicht auf Verluste geschädigt.

Auch das Denkverbot in Sachen strategischer Partnerschaft muss fallen, weil es die Handlungsoptionen der KMW in gefährlicher Weise einschränkt.

Die erforderlichen Satzungsänderungen können nur die Hauptversammlungen der drei kommunalen Energieversorgungsunternehmen verfügen.

Doch Hauptversammlungen und Satzungsänderungen fallen nicht vom Himmel. Die Oberbürgermeister von Mainz und Wiesbaden, Hr. Beutel und Hr. Dr. Müller, haben das Recht und die Pflicht, die höchsten Beschlussgremien der Stadtwerke Mainz, der ESWE-Versorgung und der KMW einzuberufen, um Weichenstellungen mit Weitblick zu ermöglichen.

Zugleich müssen die Städte Mainz und Wiesbaden gemeinsam mit uns Bürgerinitiativen alle Ansatzpunkte des Genehmigungsverfahrens nutzen, um den Amoklauf der KMW zu stoppen.

Dazu gehören Premium-Experten, die den Anwälten und Interessenvertretern der KMW Punkt für Punkt Paroli bieten können.

Dazu gehören wechselseitige Abstimmung und Unterstützung.

Wir sind gespannt, welche Initiativen Mainz und Wiesbaden hierzu in den nächsten Tagen ergreifen und mit welchen Hochkarättern in Sachen Umweltrecht, Wasserrecht und Planungsrecht sie uns überraschen werden.“